

## **Weinbaupolitisches Positionspapier der Landjugend Württemberg-Baden e.V. anlässlich der Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg**

Bei der Wahl zum neuen Landtag in Baden-Württemberg im Frühjahr 2026 geht es auch um die Zukunft des Weinbaus im Land. Junge Winzer:innen stehen unter massivem Druck.

Der Weinbau ist geprägt von sich ändernden Bedingungen in Produktion und Konsum, die nach neuen Rahmenbedingungen verlangen. Trotz dieser Herausforderungen blicken wir als Landjugend nicht ängstlich in die Zukunft. Aber wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen!

Vom zukünftigen Landtag erwarten wir sich für Folgendes einzusetzen:

### **1. Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen Weinbau**

#### **a. Diversifikation ermöglichen; Baurecht modernisieren**

Damit junge Winzer:innen ihre Betriebe auch langfristig erfolgreich führen und den Weinbau halten können, braucht es mehr Spielraum für Diversifikation. Touristische Angebote, Veranstaltungen oder landwirtschaftsfremde Tätigkeiten stellen wichtige zusätzliche Einkommensquellen dar, stoßen jedoch oft auf baurechtliche und gewerberechtliche Hürden, insbesondere im Außenbereich. Für Jungwinzer:innen ist der Zugang zu notwendigen Bauvorhaben im Außenbereich ein entscheidender Faktor, um Betriebe zukunftsfähig zu gestalten. Derzeit bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Landkreisen, die Genehmigungsverfahren intransparent und langwierig machen. Dies betrifft nicht nur landwirtschaftliche Kernbereiche wie Ställe, Maschinenhallen oder Betriebsleiter:innenwohnungen, sondern auch bauliche Voraussetzungen für eigene Vermarktungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Wir fordern daher eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren sowie eine einheitliche Auslegung des Baurechts im Land, um jungen Betrieben eine verlässliche Planungsperspektive zu geben.

Wir fordern außerdem erleichterte Genehmigungen für touristische und gewerbliche Aktivitäten im Außenbereich sowie eine rechtliche Anpassung, die Hofläden und Vermarktungsinitiativen einfach ermöglicht. So schaffen wir Zukunftsperspektiven, die den wachsenden Ansprüchen der Weintouristen gerecht werden und den Generationenwechsel im Weinbau sichern.

#### **b. Mindestlohn für Saisonarbeitskräfte angehen**

Die im deutschen Vergleich überwiegend kleinstrukturierte Landwirtschaft Baden-Württembergs steht im internationalen Wettbewerb unter besonderem Druck. Hohe ökologische und soziale Standards verschärfen die Situation. Der sehr hohe gesetzliche Mindestlohn belastet insbesondere junge Betriebe stark, so machen die Lohnkosten heute bereits den größten Teil der Produktionskosten aus. Es ist zu unterscheiden zwischen dauerhaft in Deutschland lebenden Arbeitnehmenden und Saisonarbeitskräften, die nur kurzfristig hier tätig sind. Für diese braucht es differenzierte Regelungen, die den realen Lebenshaltungskosten Rechnung tragen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Weinbaus zu sichern und den Fortbestand unserer Betriebe zu gewährleisten, muss Baden-Württemberg sich im Bund für eine entsprechende Regelung nach Vorbild der Vorschläge des DBV und Minister Hauk anlässlich der Agrarministerkonferenz einsetzen. Dazu gehören entlastende Maßnahmen wie eine Ausweitung der Sozialversicherungsfreiheit für Saisonarbeitskräfte.

#### **c. Wandel im Weinbau aktiv gestalten**

Der Weinbau steht vor einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Dazu gehört, die Drieschenverordnung einzuführen und umzusetzen, um Verbuschung von Rebflächen zu

verhindern sowie die Nachbarflächen zu schützen und Schädlinge und Krankheiten einzudämmen.

Der die Kulturlandschaft prägende Steillagenanbau in Baden-Württemberg ist über die Weinproduktion alleine nicht mehr zu halten. Seine Bedeutung liegt heute vor allem in der Pflege und dem Erhalt der Kulturlandschaft. Wer Steillagen bewirtschaftet, schützt Biodiversität, erhält touristisch bedeutende Landschaftsbilder und verhindert Erosion. Wir fordern mehr Geld für Steillagen, um den hohen Arbeitsaufwand zu vergüten und die Landschaftspflege zu honorieren.

## **2. Verwaltung und Förderung im Weinbau**

### **a. Nachhaltigkeit voranbringen**

Die Züchtung und der Anbau pilzwiderstandsfähiger Rebsorten (PiWis) leisten einen zentralen Beitrag zum nachhaltigen Weinbau, da sie den Pflanzenschutzmitteleinsatz deutlich reduzieren und so Umwelt wie Betriebe entlasten. Wir fordern deshalb weiterhin eine gezielte Förderung von PiWi-Anpflanzungen, sowie eine stärkere Unterstützung der Forschung, Züchtung und Beratung, damit PiWis dauerhaft etabliert werden können.

### **b. Erweiterung Pflanzenschutz-Wirkstoffe**

Nur durch eine vielfältige Wirkstoffpalette lässt sich ein nachhaltiges Resistenzmanagement im Pflanzenschutz sicherstellen. Deshalb braucht es eine breite Wirkstoffpalette im Pflanzenschutz, um damit den Weinbau zu erhalten.

Besonders für den Ausbau des ökologischen Anbaus ist die Wiedezulassung von Kaliumphosphonat auf EU-Ebene sinnvoll. Nur mit ausreichend wirksamen und verfügbaren Pflanzenschutzmitteln können die Betriebe nachhaltig und wettbewerbsfähig arbeiten.

### **c. Sinnvolle Anpassung von Schutzgebieten**

Die Winzerinnen und Winzer sind besonders stark von Schutzgebieten in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Dabei muss der Weinbau, der die Kulturlandschaft seit Jahrhunderten prägt und erhält, stärker als Teil des Schutzgutes anerkannt werden. Schutzgebiete dürfen nicht pauschal ausgewiesen werden. Wenn die Bewirtschaftung aufgrund der Vorgaben des Schutzgebietes nicht mehr möglich ist, verliert es seinen eigentlichen Zweck. Wir fordern daher eine differenzierte Abwägung der Schutzgründe und eine sinnvolle Anpassung bestehender Schutzgebiete, um den Weinbau als wesentlichen Bestandteil unserer Kulturlandschaft zu schützen.

### **d. Funktionierende Förderpolitik**

Für eine funktionierende Förderpolitik im Weinbau braucht es praxistaugliche Regelungen. Wir fordern die Einführung einer Rotationsbrache, bei der Rebflächen zeitweise stillgelegt und im Gegenzug Umweltmaßnahmen umgesetzt werden können. Eine Doppelnutzung ist dabei auszuschließen.

In der Ausgestaltung von Förderprogrammen muss Wert auf Planungssicherheit für die Betriebe gelegt werden.

### **e. Bürokratieabbau**

Die stetig wachsenden bürokratischen Auflagen belasten besonders junge Betriebsleiter:innen und bremsen ihre Entwicklung. Wir fordern, dass Pflanzrechte nicht mehr verfallen und somit auch der Antrag entfällt. Außerdem fordern wir weniger Aufzeichnungspflichten.

Nötiges Antragsverfahren müssen durch eine sinnvolle und behördenübergreifende Digitalisierung vereinfacht werden. Dabei ist es entscheidend, die Verbände regelmäßig

anzuhören, damit digitale Tools praxisnah entwickelt werden und nicht zu Demotivation führen.

Ergänzend braucht es steuerliche Erleichterungen für landwirtschaftliche Betriebe, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

### **3. Markt und Absatz in Baden-Württemberg stärken**

#### **a. Regelung der Hektarhöchststerträge**

Um die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe zu verbessern, braucht es eine bundeseinheitliche Regelung der Hektarhöchststerträge.

#### **b. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Absatzförderung**

Wir fordern, dass das vom MLR (Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz) angekündigte Vermarktungskonzept für badische und württembergische Weine zügig umgesetzt wird und dabei die junge Generation angemessen berücksichtigt wird. Auch das landesweite Weintourismuskonzept muss weitergedacht und umgesetzt werden. Eine landesweite Kampagne zur Stärkung Baden-Württembergischer Weine und die klare Abgrenzung zwischen moderatem Genuss und Missbrauch sind notwendig. Baden-Württemberg sollte sich gegen pauschale Negativkampagnen zu Weingenuss aussprechen und stattdessen die positive Arbeit der Winzer:innen und Initiativen wie „Wine in Moderation“ unterstützen. Insbesondere sollten Verbrauchende über die Nachhaltigkeit von PiWis aufgeklärt werden.

#### **c. Sinnvolle Nachwuchsförderung**

Junge Winzer:innen brauchen faire Startbedingungen, um Betriebe übernehmen und weiterentwickeln zu können. Wir fordern eine flächenunabhängige Betriebsübernahmeprämie für Jungwinzer:innen, die ohne übermäßige Nachweispflichten auskommt: so wie es in anderen Bundesländern bereits praktiziert wird.

Nachhaltige Nachwuchsförderung gelingt nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern durch gute Rahmenbedingungen, die Absatz, Produktionsfläche und Diversifizierung miteinander in Einklang bringen. Wir fordern politischen Freiraum für innovative und smarte Betriebskonzepte! Denn Innovationsgeist entsteht, wo Betriebe wirtschaftlich gedacht und zukunftsfähig fortgeführt werden können.

*Stuttgart, November 2025*

---

Dieses Positionspapier wurde vom Weinausschuss der Landjugend Württemberg-Baden e.V. verfasst.

Die Landjugend Württemberg-Baden e.V. ist ein freier Zusammenschluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im ländlichen Raum. Der Verband wurde 1947 gegründet und umfasst heute rund 3500 Mitglieder. Das Verbandsgebiet der Landjugend Württemberg-Baden e.V. erstreckt sich über Nordbaden und Nordwürttemberg vom Main-Tauber-Kreis bis zum Alb-Donau-Kreis und reicht westlich bis Karlsruhe. Der Verband vertritt den ländlichen Raum in den Bereichen Agrar-, Weinbau- und Jugendpolitik und bietet zudem Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.